FS-12-001

Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in: Horst Schiermeyer (KV Görlitz)

Änderungsantrag zu FS-12

Vor Zeile 1 einfügen:
Unser nachfolgender Beschluss wie auch das Handeln unserer Regierungsmitglieder seit Amtsüberahme widerspricht in Teilen bisherigen Beschlüssen, Wahlprogramm und dem Grundsatzprogramm. Weite Teile dieser bisherigen Beschlusslagen und insbesondere das erst kürzlich beschlossene Grundsatzprogramm waren für die Werbung von Mitgliedern und für den Wahlkampf wichtig. Sie passen aber nicht zu der von Kanzler Scholz ausgerufenen Zeitenwende und zu der geforderten bedingungslosen Unterstützung der ukrainischen Regierung.
Bundesvorstand und Regierungsmitglieder beenden folgerichtig diesen Irrweg und setzen vorbildlich die für uns GRÜNEN neuen Erkenntnisse in das leider alternativlos notwendige Handeln um.
Um die zwei wesentlichen Punkte aufzuzeigen:

1. Unsere pazifistische Friedenspolitik: Auch wenn sie eine unserer Wurzeln war, sind die Forderungen der westdeutschen Friedensbewegung "Frieden schaffen ohne Waffen" und der ostdeutschen Friedensgruppen "Schwerter zu Pflugscharen" "Schnee von gestern". Heute sind Waffenlieferungen und militärische Unterstützung der Ukraine durch Ausbildung von Soldat*innen das Mindestmaß, was eine grüne Regierungsbeteiligung leisten muss, um sich Putins Angriffskrieg entgegen zu stellen und die Freiheit Europas zu verteidigen. Auch für die Lieferung von Kampfflugzeugen und die Entsendung von Bundeswehrberatern und -einheiten sind wir offen. Dass wir dabei in die Gefahr geraten, selbst zur Kriegspartei zu werden, nehmen wir in Kauf.

2. Unser Verzicht auf jegliche Zusammenarbeit mit Autokraten und Völkerrechtsverletzern: Der Autokrat Putin ist im Moment das Maß der Dinge, das personifizierte Übel schlechthin. Das hindert uns nicht, mit anderen Autokraten und Völkerrechtsverletzern zu verhandeln und zusammenarbeiten, die nicht die Interessen des freien Westens gefährden. So verhandeln wir
+ mit dem Herrscher von Katar (Emir Tamim bin Hamad Al Thani), dem Kronprinz von Saudi-Arabien (Mohammed bin Salman), deren beider Regierungen die Menschenrechte mit Füßen treten, Sklaven-ähnliche Arbeitsverhältnisse pflegen, den Frauen viele Rechte absprechen, einen Angriffskrieg im Jemen führen. Bin Salman steht überdies im dringenden Verdacht, den Mord am Journalisten Kashoggi angeordnet zu haben.
+ mit Erdogan, Führer von Kriegen in Libyen und Syrien (gegen die Kurden, die dort den IS besiegt haben), der im dringenden Verdacht steht, Vorbereitungen auf einen weiteren Krieg gegen das NATO-Land Griechenland zu treffen. Von den Menschenrechtsverstößen in der Türkei reden wir schon lange nicht mehr. Unser Problem: Erdogan hat ein Druckmittel, mit dem er uns dauerhaft erpresst: Über eine Million Flüchtlinge, die er jederzeit auf den Weg in die EU schicken kann, wie er gern bei passenden Gelegenheiten betont und auch schon einmal vorgeführt hat.

+ mit Chinas Präsident Xi Jinping, der mittlerweile unverhohlen mit einem Angriffs auf Taiwan droht und in Xinjiang die Bekämpfung von Islamisten auf die Unterdrückung der uigurischen Bevölkerung ausgeweitet hat. Aber ohne den Handel mit China bräche unsere Wirtschaft (und nicht nur unsere) in wenigen Wochen völlig zusammen, das ist eine andere Größenordnung als das Öl- und Gasproblem mit Putin.
+ mit allen US-Präsidenten der letzten Jahrzehnte, obwohl diese die US-Stützpunkte in Deutschland für völkerrechtswidrige Angriffskriege (u.a. Irak und Afghanistan) genutzt haben und für menschen- und völkerrechtswidrige Drohnenkriege gegen Zivilisten in aller Welt nutzen.
+ mit Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sis,, Aserbaidschan-Präsident Ilham Alijew ...

Die Liste ist nicht vollständig.Daher beschränken wir unser Vorgehen gegen Despoten und Kriegsverbrecher zunächst einmal auf Putin. Ob wir auch gegen andere vorgehen, wird dann eine Frage der politischen Opportunität sein.

Begründung

Dies Vorwort dient dazu, deutlicher als im Antrag ausgedrückt sichtbar zu machen, dass wir uns in wichtigen Punkten stark sowohl von unseren Programmen abwenden als auch von dem, was von unseren politischen Wurzeln als "Ökopaxe"-Partei übrig geblieben ist.

weitere Antragsteller*innen

Claudia Laux (KV Ahrweiler); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Andreas Saakel (KV Lahn-Dill); Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Ruth Birkle (KV Karlsruhe-Land); Kajo Aicher (KV Bodenseekreis); Santharupiny David (KV Leverkusen); Josef Reitemann (KV Märkisch-Oderland); Ulrike Bues (KV Pinneberg); Andreas Müller (KV Essen); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Martin Pilgram (KV Starnberg); Wolfgang Heimann (KV Stormarn); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.